NRW gibt am wenigsten Geld für seine Schüler aus

Matthias Bungeroth am 23.02.2018 um 09:00 Uhr

0 Artikel empfehlen 0

Beim Unterricht: Lehrerin einer Grundschule. (© dpa)

Bielefeld. Die großen Erziehungsgewerkschaften fordern von der nordrhein-westfälischen Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) mehr Ausgaben für die Bildung. Der Grund: In einer vom Bundesamt für Statistik in Wiesbaden verbreiteten Aufstellung liegt NRW bei den Ausgaben pro Schülerin und Schüler im Jahr mit einem Betrag von 6.000 Euro auf dem letzten Platz aller 16 Bundesländer.

„Das Schulsystem in NRW ist chronisch unterfinanziert", kritisiert Berthold Paschert, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) NRW, auf Anfrage. Es gebe „mangelnde Ressourcen bei der Inklusion und Integration und beim Ausbau des Ganztages, zu wenige Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter für zu große Klassen und Lerngruppen". Zudem sei die Besoldungsstruktur

ungerecht und es gebe einen „kolossalen Investitionsstau bei Schulsanierung und Digitalisierung". Deshalb fordert die GEW: „Für gute Bildung in NRW muss die Landesregierung viel mehr Geld in die Hand nehmen und der Bund viel dazutun."

Information

Personal ist der größte Posten

- Der größte Teil der Ausgaben entfällt mit durchschnittlich 5.600 Euro je Schüler auf das Personal. Weitere Posten:
- Unterhalt der Gebäude, Lehrmittel: 900 Euro.
- Baumaßnahmen sowie andere Sachinvestitionen: rund 400 Euro je Schüler.

In der Statistik, deren Zahlen aus dem Jahr 2015 stammen, sind Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung, Sachaufwand und Investitionsausgaben enthalten.

Durchschnittlich lagen die Ausgaben pro Schüler in allen Schularten den Angaben zufolge bei 6.900 Euro. Die Spitzenplätze in dem Ranking belegen Berlin (8.900 Euro), Hamburg (8.600) und Thüringen (8.300). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Stadtstaaten als Kommunen zugleich Träger der Schulen sind. Ebenso sind das Unterrichtsangebot, die Schüler-Lehrer-Relation und die Besoldungsstruktur unterschiedlich.

NRW-Schulministerin Gebauer verweist darauf, dass die neue Landesregierung bereits die Mittel für den Schulbereich gesteigert habe. „Bereits mit dem diesjährigen Haushalt 2018 konnte der Schuletat bei Erreichen der schwarzen Null auf mehr als 18 Milliarden Euro gesteigert werden und ist der größte Einzeletat des Landes. Das ist ein klares Signal und wir werden diesen Weg weitergehen", so Gebauer. Der Haushalt des Schulministeriums von 2015 habe nur ein Volumen von 16,2 Milliarden Euro gehabt. Das Land habe zudem die Schulpauschale erhöht, um die Qualität des Unterrichts zu steigern.

Dazu Stefan Behlau, Landesvorsitzender der Lehrergewerkschaft Verband Bildung und Erziehung (VBE) NRW: „Wir erkennen durchaus die Anstrengungen der neuen Landesregierung an, aber da ist noch viel Luft nach oben. Ohne bessere Bedingungen bekommen wir keine besseren Leistungsergebnisse."

Kommentar: Bildung gibt es nicht zum Nulltarif

von Matthias Bungeroth

Die Herausforderungen an die Schulpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen sind gewaltig. Es gilt, Gehaltsunterschiede zwischen Lehrkräften der Sekundarstufen eins und zwei auszugleichen, den Ganztag zu finanzieren und die Inklusion voranzutreiben, um nur einige Beispiele zu nennen. Insofern ist die Statistik der Zahlenwerker aus Wiesbaden ein notwendiges Alarmsignal.

Denn nimmt man die notwendigen Ausgaben für die Sanierung der Infrastruktur – inklusive der Digitalisierung – hinzu, steht die Schullandschaft in NRW vor einer gewaltigen Umwälzung. Jeder Euro, der mehr in diesen Bereich fließt, ist bestens angelegtes Geld.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu vernachlässigen, dass in der besagten Statistik die Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit ihren Ausgaben an der Spitze der Skala liegen, obwohl es gerade im Fall von Berlin kein Geheimnis ist, dass die Schullandschaft dort nicht unbedingt vorbildhaft ausgestattet ist. Immerhin liegt auch ein Flächenland wie Thüringen mit seinen Ausgaben sehr deutlich vor NRW.

Insofern kann die Botschaft aus dem Ranking nur lauten: Die Ausgaben für den Schulbereich müssen weiter massiv steigen, will NRW in der Bildungspolitik nicht den Anschluss verlieren. Ja, und auch der Bund sollte seinen Beitrag dazu leisten. Denn Unterfangen wie die Digitalisierung sind nur gemeinsam zu stemmen. Was dazu fehlt, ist eine rasch handlungsfähige Regierung in Berlin.

0 Kommentare

Zu den Kommentaren!

Jede Woche gewinnen!